Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 15 (1935-1936)
Heft: 9

Artikel: Kollektive Unsicherheit
Autor: Gertsch, Hans
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-332462

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 15.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

ROTE REVUE
SOZIALISTISCHE MONATSSCHRIFT
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz

15. JAHRGANG -- MAI 1936 -- HEFT 9

Kollektive Unsicherheit

Von Hans Gertsch.

Am Nil und am Rhein fallen die nächsten — vielleicht die letzten Entscheidungen über das Schicksal des europäischen Friedens. Dort geht es um die Aufrichtung des neuen »Imperiums Romanum«, des neuen Weltreiches des römischen Faschismus, das gestern noch ein Traum, heute zur Möglichkeit wird. Hier, am Rhein, spielt sich der letzte Teil des Prologs zu dem furchtbaren Drama des neuen europäischen Krieges ab, den die Umschichtung aller Kräfteverhältnisse in Mittel- und Osteuropa durch die Aufrichtung des »Imperiums Germanorums«, des Weltreiches der Germanen, zwangsläufig mit sich bringt.

Unmittelbar geht es nur um das Schicksal einiger Klein- und Mittelstaaten. In Afrika zerbricht das letzte unabhängige afrikanische Land. In Mittel- und Osteuropa sind die Tschechoslowakei, Oesterreich, Rumänien, Jugoslawien von innen und außen her zugleich bedroht. Aber es braucht keiner Phantasie, keiner Kenntnis der Historie, um zu erkennen, daß in diesen Vorgefechten schon die Entscheidung in der Hauptschlacht beschlossen ist. Beherrscht das faschistische Italien das Reich des Negus, wird es zur ersten Macht im Mittelländischen Meer, so ist die Stellung Großbritanniens in Indien und im vorderen Orient auf die Dauer unhaltbar. Bei jeder neuen weltpolitischen Verwicklung wird Großbritannien, in seinen Verbindungen durchs Mittelmeer schwer bedroht, Gefahr laufen, aus den Entscheidungen im vorderen Orient und im Indischen Ozean ausgeschaltet zu werden. Wirft das Dritte Reich die osteuropäischen Kleinstaaten nieder oder versteht es, sie sich zu Vasallenvölkern zu machen, dann ist seine Herrschaft über das europäische Festland unerschütterlich, dann diktiert es auch ohne Krieg den beiden westlichen Demokratien den Frieden. So wie Sadowa Sedan zeitlich und logisch voranging, Preußen erst Oesterreich niederwerfen mußte, bevor es Frankreich auf die Knie zwingen konnte, so würde des Dritten Reiches Sieg im Osten nur die Einleitung zu seinem Triumph über den Westen Europas bilden.

Das weiß allgemach auch mancher, der in England und Frankreich die außenpolitischen Entscheidungen lenkt. Und dennoch das erschütternde Schauspiel der völligen Aktionsunfähigkeit des Völkerbundes,

des Zusammenbruchs der kollektiven Sicherheit. Wie ein Spiegelbild wiederholt sich an den beiden Fronten die diplomatische Situation. Hat in Ostafrika Großbritannien die Führung der Völkerbundsaktion übernommen und sucht Frankreich mit allen Mitteln der Beschwörung und der offenen Opposition den britischen Eifer zu lähmen, so ist umgekehrt am Rhein England gegenüber allen Vertragsbrüchen und Angriffsvorbereitungen des Dritten Reiches von geradezu überirdischer Geduld und Frankreich in der Rolle des Stürmers und Drängers. Jede der beiden großen westlichen Demokratien hat ihren faschistischen Favoriten. Und das Resultat ist die Rettung der faschistischen Diktaturen, die Straflosigkeit ihrer Rechtsbrüche.

*

Fall Deutschland: die englische Regierung hat soeben eine Sammlung der diplomatischen Korrespondenz über »eine europäische Regelung« in der Zeit vom Juni 1934 bis März 1936 herausgegeben. Das letzte darin enthaltene Dokument stammt vom 26. März. Es ist ein Brief des britischen Außenministers Eden an den Botschafter in Berlin, Sir Eric Phipps. Es beginnt mit den folgenden Worten:

»Es ist für Ihre Exzellenz vermutlich von Nutzen, wenn ich, im Lichte der Aufkündigung des Vertrages von Locarno durch die deutsche Regierung, die Wiederbesetzung der entmilitarisierten Zone im Rheinland durch Deutschland und der Vorschläge des Herrn Hitler vom 7. März für eine neue und umfassende Regelung, in einer einzigen Depesche gewisse Seiten der diplomatischen Erörterungen zusammenfasse, die zwischen dem Sommer 1934 und dem 7. März dieses Jahres stattgefunden haben.«

Es folgen dann in fünf Gruppen Darstellungen der diplomatischen Unterhandlungen über den Ostpakt, die Vereinbarkeit des französisch-russischen Vertrages mit dem Locarnopakt, die »Fortschritte« der Verhandlungen über den Ostpakt, den Luftpakt und die Versuche, vom November 1935 bis März 1936, die Verhandlungen mit Deutschland wieder aufzunehmen. Ein wahrhaft erschütterndes Dokument, das verdiente, in vollem Wortlaut unter allen Völkern verbreitet zu werden, deren Schicksal von der Antwort auf die Frage abhängt, ob die Regierung des Dritten Reiches vertragsfähig und vertragswillig ist oder nicht! Es zeigt mit unerhörter Deutlichkeit eine Tatsache: daß Deutschland niemals gewillt war, über die von ihm selbst gemachten Vorschläge eine ernsthafte Unterhandlung zu führen. Beispiel: die Geschichte des Luftpaktes. Der erste Vorschlag wird von Frankreich und England gemeinsam am 3. Februar 1935 gemacht[1]. Berlin schlägt vor, die englischen Minister sollten nach Deutschland kommen, um besonders über den Luftpakt zu verhandeln. In die Zwischenzeit fällt die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in Deutschland. Trotzdem, von der Hoffnung getrieben, man könnte die Gefahr eines Luftkrieges in Westeuropa ausschließen, fahren die englischen Minister im März nach

[1] Hitler behauptete am 7. März aktenwidrig, er habe diesen Pakt vorgeschlagen!

Berlin. Hitler erklärt sich zu Verhandlungen bereit. Am 10. Mai fragt Sir John Simon den deutschen Botschafter, wie es mit den Verhandlungen stehe. Darauf folgt ein deutscher Vertragsentwurf. Ende Juli erklärt sich die französische Regierung bereit, die Verhandlungen zu eröffnen. Das wird am 1. August dem deutschen Botschafter in London mitgeteilt. Von da an herrscht in Berlin Schweigen, unerschütterliches Schweigen. Am 23. August Anfrage bei der deutschen Botschaft, wann eine Antwort auf die Mitteilung vom 1. August erwartet werden könne. »Auf diese Anfrage ist niemals eine Antwort erhältlich gewesen.« Am 21. November fragt der französische Botschafter in Berlin Hitler persönlich, wann die Verhandlungen beginnen könnten. Man sagt ihm, das sei unmöglich, solange der abessinisch-italienische Konflikt daure. Am 13. Dezember erfolgt die gleiche Anfrage durch den britischen Botschafter. Diesmal ist der französisch-russische Pakt der Vorwand, keine Verhandlungen zu führen — wohlgemerkt über eine Frage, über die zu verhandeln Deutschland bereits grundsätzlich zugestimmt hatte. Als man im Jahre 1936 — beinahe ein Jahr seit dem ursprünglichen Vorschlage — den Baron von Neurath darauf aufmerksam macht, daß der französisch-russische Vertrag nichts mit dem Luftpakt zu tun habe, kehrt man in Berlin eiligst zur alten Ausrede zurück und schützt den italienisch-abessinischen Konflikt als Hindernis vor. Am 14. Januar, am 27. Februar und am 6. März drängt England von neuem zur Aufnahme der Verhandlungen — bis heute ohne Resultat.

Ein Schulbeispiel, das sich in allen anderen Fällen exakt wiederholt. Beim Ostpakt, dem Deutschland während der Unterhandlungen in Stresa im Frühjahr 1935 gleichfalls grundsätzlich zugestimmt hat, müssen sogar die Sommerferien als Ausrede für die Nichteinleitung der Verhandlungen herhalten, uud um den Hohn bis aufs äußerste zu treiben, dauern die Sommerferien bis in den Oktober. Von da an sind dann die Angriffe, die auf dem Kominternkongreß gegen Deutschland gerichtet wurden, der Sündenbock. Deutschland könne erst antworten, wenn »ruhigere Zeiten« eingetreten seien.

Es hieße die englische Intelligenz beleidigen, wollte man meinen, sie habe das Spiel, das da getrieben wird, nicht durchschaut. Aber das englische Außenamt ist das Ministerium eines demokratischen Landes; es kann nicht weiter gehen, als seine öffentliche Meinung ihm erlaubt.

Nicht selten findet man, gerade unter Sozialisten, Vertreter der sogenannten Kontinentalpolitik, der direkten Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich, die meinen, daß diese von England systematisch durchkreuzt werde. Es sei das teuflische Spiel Englands, ständig Differenzen zwischen diesen beiden Ländern zu schaffen oder zu erhalten, um als Schiedsrichter die entscheidende Rolle auf dem europäischen Festland spielen zu können. Darin liegt manches Wahre: es ist älteste britische Diplomatie, aus den Gegensätzen zwischen Frankreich und seinen östlichen Nachbarn Vorteile zu ziehen. Das beginnt unter Heinrich VIII., der so die englische Großmacht schuf, und dauert vermutlich bis auf den heutigen Tag. Aber heute geht es um etwas anderes. Solange Frankreich die erste Militärmacht Europas war, konnte Eng-

land an der Erstarkung Deutschlands interessiert sein. Aber diese Periode ist längst vorbei. Es geht nicht mehr darum, durch Frankreichs Schwächung die alte »Balance of Powers«, das Gleichgewicht der Mächte auf dem Kontinent, herzustellen, dem England seine Schiedsrichterrolle verdankte, jetzt steht schon die deutsche Vormacht auf der Tagesordnung der Geschichte.

Daß England hier nicht eingreift, zumindest um das entschwindende — zugunsten Deutschlands entschwindende — Gleichgewicht der Kräfte wieder zu gewinnen, hat im Bewußtsein der Volksmassen Englands zahlreiche Gründe. Es ist eine Politik des schlechten Gewissens, die am Dritten Reich gutmachen will, was an der Republik gesündigt wurde. Es ist eine Politik der Auflehnung gegen Frankreich, das in der ganzen Nachkriegszeit sich in der Rolle des nur widerwillig Gebenden gefiel, dem jedes Zugeständnis erst abgerungen werden mußte. Es ist vor allem eine Politik der Illusion, an deren Schaffung gerade die Vorkämpfer des Völkerbundes in England ihr gerüttelt Maß Schuld tragen, der Illusion, daß die kollektive Sicherheit, die der Völkerbund bringen soll, eine Politik lauwarmer Schwächlichkeit, guten Zuredens, artigen Stillhaltens sein müsse.

Die Angst vor dem Krieg — nicht das mannhafte Kämpfen gegen den Krieg; illusionistischer Pazifismus, der im Nichtwiderstehen den Ausweg aus allen Uebeln der Gewalt sah; das waren die Träger der Politik der kollektiven Sicherheit in England. Die Losung der kollektiven Sicherheit ist so lange nur als Schlagwort im Kampf gegen die Aufrüstung des eigenen Landes mißbraucht worden, daß ihr eigentlicher Sinn, die gemeinsame Anwendung aller Mittel, auch der kriegerischen, gegen den rechtsbrüchigen Angreifer, verloren ging. Erst allmählich erwacht das englische Volk zum Bewußtsein der Folgerungen, die aus dem Begriff der kollektiven Sicherheit zu ziehen sind. Einstweilen aber taumelt es, Beute selbstgeschaffener Illusionen, Opfer aller Demagogien, von Politik zu Politik und zwingt dem Kurs seines Landes jene seltsamen Zickzacksprünge auf, von denen der Erdball hin und her geworfen wird. Von der Mandschurei bis nach Addis Abeba säumen Leichensteine den Weg dieser Diplomatie.

*

Fall Italien: auch hier ein Kalendarium des Zögerns und der versäumten Gelegenheiten. Im siebenten Kriegsmonat ist es noch nicht möglich gewesen, ein System der Sanktionen in Kraft zu setzen, das dem Angreifer ein Halt entgegengesetzt. Ja, vielleicht muß man sogar umgekehrt sagen: weil wir schon im siebenten Kriegsmonat sind, war es unmöglich, noch zu kraftvollem Handeln auszuholen.

Am Anfang steht der französisch-italienische Militärpakt vom Januar 1935. An dem Tage, da Laval diesen Vertrag in Rom unterschrieb, war das Schicksal Abessiniens besiegelt, ob nun Laval, wie behauptet wird, es ausdrücklich als Preis für die Verständigung geopfert habe oder nur durchblicken hat lassen, Frankreich habe in Abessinien keine Interessen zu verteidigen. Laval mag mit seiner Politik der Annäherung an Italien höchstpersönliche Interessen verfolgt haben, an deren Ende viel-

leicht die Aufrichtung eines Diktaturregimes in Frankreich gestanden sein mag. Nicht seine persönlichen Neigungen sind Problem. Erstaunlich nur die Bereitwilligkeit, mit der ganz Frankreich, auch die französische Linke, diese Politik mitmachte und den Frieden auch aus den »blutigen Händen des italienischen Diktators« (Léon Blum) entgegennehmen wollte. Die nächstliegende Erklärung für diese Bereitschaft, die vor der Aufopferung aller Grundsätze nicht zurückschrak, ist zweifellos die französische Enttäuschung über Englands Liebäugeln mit dem Berliner Diktator. Barthou hatte in seiner Note vom 17. April 1934, die dem ewigen Warten auf Englands Entschlüsse ein Ende setzte, den neuen Kurs offiziell eröffnet, nachdem Paul-Boncour als erstes Unterpfand der neuen französisch-italienischen Freundschaft dem faschistischen Diktator Oesterreich überlassen hatte.

Warum aber dieses ständige, hoffnungslose Warten auf Englands Hilfe? Im Jahre 1933 und wohl noch im Jahre 1934, als die deutsche Aufrüstung erst im Anfang stand, war Frankreich fähig, allein den deutschen Diktator zur Räson zu bringen. Es hätte kaum eines Krieges bedurft ... Allein: war die französische Oeffentlichkeit bereit, einen so gefahrvollen Weg zu gehen?

Der einzige politische Kopf, der der Rechten in Frankreich nach Barthous Tod noch geblieben ist, Paul Reynaud, hat in der Debatte zum franko-russischen Hilfsvertrag davon gesprochen, daß Frankreich keine Armee habe, die ihm erlaube, seinen fernen Bundesgenossen, falls sie angegriffen würden, Hilfe zu bringen. Es brauche eine Expeditionsarmee, meinte er, ein Korps von Berufssoldaten, die zu allem bereit sind. Reynaud hat hier den Finger auf ein ernstes Problem aller kollektiven Sicherheit gelegt. Aber seine Lösung ist unzureichend, weil sie eine bloß organisatorische Lösung ist, und politisch gefährlich, weil sie die innerpolitische Rolle einer starken Berufsarmee übersieht. Es handelt sich um viel tiefergehende Fragen.

Frankreich ist in Verbindung mit der Sowjetunion, mit der Kleinen und der Balkanentente auch heute noch — und vermutlich noch zwei, drei Jahre — stark genug, Deutschland in die Schranken zu weisen, ohne auf Italiens erpresserische Hilfe, ohne auf Englands zögernde Unterstützung angewiesen zu sein. Aber das hieße, den russichens Soldaten den Weg nach Mitteleuropa öffnen, die rote Armee ins Herz Deutschlands vorstoßen lassen, falls es zum äußersten kommt. Es ist fraglich, was der französischen Bourgeoisie im Ernstfall lieber wäre: der Sieg der roten Armee oder die Niederlage des unheimlichen Bundesgenossen, dessen Truppen die soziale Revolution im Tornister tragen.

Hier liegt die fundamentale Schwäche des französischen Allianzsystems, das faktisch der Grundpfeiler jeder Politik der kollektiven Sicherheit in Europa ist. Die Vorkriegsentente war möglich, weil Rußland zaristisch war. Sie wird der französischen Bourgeoisie zum Alpdruck, weil Rußland sowjetistisch ist. Man erinnere sich nur an das unendliche Zögern Lavals, bevor er den russisch-französischen Beistandsvertrag ratifizierte. Man vergesse niemals, daß bis heute, schon unter der Regierung Sarraut, die vorgesehenen Militärbesprechungen

zwischen den beiden Ländern nicht erfolgt sind. Klassen- und Nationsinteressen stehen im Widerspruch. Die französische Bourgeoisie ist klassenbewußt; Lavals Interview mit seinem Leibblatt, dem »Moniteur« von Clermond-Ferrand, das für die direkte französisch-deutsch-italienische Verständigung eintritt, Frankreich zum Gleichklang mit den beiden faschistischen Großmächten bringen will, ist Beweis genug. Die kollektive Sicherheit, die Völkerbundstreue, von der Frankreich schwärmte, solange es ungefährlich war, wird preisgegeben, wenn damit das Klasseninteresse der französischen Bourgeoisie gewahrt wird, ginge darüber auch die nationale Freiheit zum Teufel!

*

Wo steht die Linke in Großbritannien, in Frankreich, in Europa? Ach, sie beruft sich auf Marx, Engels und Liebknecht, um die Politik der Kapitulation vor den faschistischen Diktatoren zu unterstützen. Sie zitiert unverstandene, zeitgebundene Losungen, um sich die Mühe des eigenen Denkens zu ersparen. Sie sperrt sich selbst in das unheilvolle Dilemma: entweder Burgfrieden oder revolutionärer Defaitismus — um triumphierend ihre unfreiwillige Schützenhilfe für die Diktatoren mit revolutionärer Phraseologie verbrämen zu können.

Da und dort beginnt freilich das Erwachen. Die englische Arbeiterpartei beginnt zu erkennen, daß kollektive Sicherheit nicht in kollektive Unsicherheit entarten und nicht Erfolgsgarantie für jede Erpressung durch Diktatoren bedeuten darf. In Frankreich taucht allmählich die Erinnerung an die alte jakobiniche Freiheitstradition auf, die die Verteidigung des Vaterlandes mit der Zuspitzung des revolutionären Kampfes verknüpfte — und nicht vor den Pflichten der Stunde in der schöneren revolutionären Zukunft Zuflucht sucht.

Aber die Gefahr ist nicht zu unterschätzen, daß diese Wendung zur politischen Realität tatsächlich zu einer neuen Burgfriedenspolitik führt, wie das in manchen Kundgebungen der Komintern der Fall zu sein scheint. Riesengroß ersteht vor uns die Aufgabe, die »dritte Politik«, die internationale proletarische Politik auszuarbeiten, die weder friedensgefährdender, illusionistischer Pazifismus, noch Burgfriedenspolitik, weder Kapitulation vor den faschistischen Diktatoren, noch Unterordnung unter die Kriegspolitik der nationalistischen Bourgeoisie ist. Ist diese Politik unmöglich? Wir denken: nur so lange, als die europäische Linke geistig der konservativste Teil Europas ist. Sie wird möglich, sobald man ernsthaft daran geht, die neue Situation durchzudenken und im Bewußtsein der beiden Gefahren, die solcher Neuorientierung drohen, die Schlußfolgerungen zu ziehen.

Nur *eine* Politik kann den Frieden in Europa noch retten: wahrhaft kollektive Friedenspolitik. Die Klasseninteressen der Bourgeoisie erweisen sich als das entscheidende Hindernis, sie zu realisieren. Welch größere Aufgabe könnte der Sozialismus gerade in dieser Stunde haben, als die Führung im Kampfe um die kollektive Sicherheit zu übernehmen? Marx und Engels haben es verstanden, den nationalen Freiheitskampf mit in ihre politische Rechnung einzubeziehen. Die geschichtliche Stunde hat die nationale Freiheit untrennbar mit der sozialen Be-

freiung verbunden. Hier ist die Aufgabe des europäischen Sozialismus: im Kampfe wider die Schwächlichkeit der bourgeoisen Friedenspolitik, wider die kollektive Unsicherheit die geistige und politische Führung zu übernehmen.

Zur Krise im Baugewerbe

Von Ernst Reinhard.

Am 31. Dezember 1935 wurden in der Schweiz unter den 118,775 Arbeitslosen insgesamt 54,259 arbeitslose Bauarbeiter gezählt. Gegenüber dem Vorjahre bedeutet das eine Zunahme von 18,256 Mann oder von rund 50 Prozent. Tatsächlich dürfte die Zahl aber noch bedeutend höher sein, da die Berufe, die nicht auf dem Bauplatz in erster Linie, aber in der Werkstatt fast ausschließlich oder doch zum überwiegenden Teil für den Bau arbeiten, nicht mitgezählt wurden. Eine besondere Statistik in der Stadt Bern ergab Zahlen, die ein wesentlich anderes Verhältnis der arbeitslosen Bauarbeiter zur Gesamtzahl aller Arbeitslosen darstellen. Von 3806 Arbeitslosen des Februars 1936 waren 2844 Bauarbeiter. Dabei zeigte es sich, daß verhältnismäßig die qualitativ hochstehenden Berufe die weitaus stärkste Zunahme der Arbeitslosigkeit zu verzeichnen hatten. So wurden gezählt:

	Februar 1929	1935	1936
Spengler	12	58	133
Bauschreiner und Glaser	38	69	82
Bauschlosser	16	81	148
Monteure	7	91	181
Elektromonteure	3	73	125

Der saisonmäßige Rückgang der Arbeitslosigkeit im Baugewerbe ist dieses Jahr bedeutend geringer als früher; im März 1936 sind rund 10,800 Bauarbeiter mehr arbeitslos als im letzten Jahre.

Die Arbeitslosigkeit entspricht der gesunkenen Wohnungsproduktion. In 30 schweizerischen Städten wurden Wohnungen erzeugt:

1926	6,082
1929	9,330
1931	12,681
1932	13,230
1935	6,661

Während sich also die Wohnungsproduktion vom Jahre 1926 bis zum Jahre 1932, also innerhalb sechs Jahren, verdoppelte, sank sie innerhalb drei Jahren wieder auf die Hälfte; sie dürfte, wenn alle Anzeichen nicht täuschen, im Jahre 1936 fast auf 3500 sinken. Im ersten Quartal 1935 wurden nämlich 2075 Wohnungen erstellt, also fast der dritte Teil der gesamten Jahresproduktion; dieser Anteil sank im Jahre 1936 auf 1046.